Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Lebenswerte Kommune –

Bevölkerungsentwicklung und Lebensqualität vor Ort

Verlag BertelsmannStiftung

Lebenswerte Kommune – Bevölkerungsentwicklung und Lebensqualität vor Ort

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt von:
Annika Lisakowski
Marc Neu
Annett Schultz
Klaus Peter Strohmeier

Verantwortlich:
Carsten Große Starmann
Petra Klug

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Lebenswerte Kommune –

Bevölkerungsentwicklung und Lebensqualität vor Ort

Zusammenhangsanalysen mit Städte- und Gemeindedaten
des Portals Wegweiser Kommune

Verlag BertelsmannStiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2015 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Carsten Große Starmann, Petra Klug
Lektorat: team 4media&event, München
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke
Umschlagabbildung: Vaidas Bucys/panthermedia.net
Bildnachweise: Seite 8, 52, 82, 116, 132 OJO Images – F1 ONLINE
Seite 10, 24 106 Veit Mette, Bielefeld
Seite 70, 94, 118, 124 Valeska Achenbach, Hamburg
Layout und Satz: Nicole Meyerholz, Bielefeld
Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld
ISBN 978-3-86793-508-1 (Print)
ISBN 978-3-86793-704-7 (E-Book PDF)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort 7

1 Kommunen gestalten den demographischen Wandel 8

2 Demographische Entwicklungen als Herausforderung für die kommunale Ebene 10

2.1 Zu welchem Erkenntnisgewinn führen Analysen mit aggregierten Regionaldaten? 10
2.2 Welche Trends weist die Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene auf? 12
2.3 Welche Klischees und »Mythen« werden mit der Bevölkerungsentwicklung in Verbindung gebracht? 19

3 Fertilität und Binnenmigration und ihr Einfluss auf demographische Prozesse vor Ort 24

3.1 Sind immer weniger Kinder überall ein (neuer) Trend? 24
3.2 Sind Familienwanderungen ein Motor regional unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklung? 29
3.3 Welche Auswirkungen haben Bildungswanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung? 35
3.4 Gewinnt Alterswanderung an Bedeutung? 38
3.5 Tendieren große Städte zu weiterer Suburbanisierung oder zur Reurbanisierung? 43
3.6 Welche Fallbeispiele stehen für die »neue Unübersichtlichkeit« in der Entwicklung von Stadtregionen? 47
3.7 Was bestimmt regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen von Städten und Gemeinden heute? 50

4 Gegenüberstellung von wachsenden und schrumpfenden Kommunen 52

4.1 Was ist kennzeichnend für wachsende und schrumpfende Kommunen? 52
4.2 Welche kommunalen Eigenschaften stehen im Zusammenhang mit Zu- oder Abwanderung von Familien? 60
4.3 Welche Gemeinden profitieren und welche verlieren durch unterschiedliche Wanderungsströme? 64

5 Zusammenhänge zwischen regionaler Arbeitsmarktlage und Bevölkerungsentwicklung 70

5.1 Wie beeinflusst kommunale Arbeitsplatzzentralität die Bevölkerungsentwicklung? 70
5.2 Arbeitslosigkeit und Abwanderung – ein Teufelskreis? 71
5.3 Befördern positive Beschäftigungseffekte auch eine regionale Bevölkerungszunahme? 76
5.4 Welcher Zusammenhang besteht zwischen Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit? 79

6 Armut und Bevölkerungsentwicklung auf der Gemeindeebene 82

6.1 Welchen Einfluss haben Armut und Arbeitslosigkeit auf die Bevölkerungsentwicklung? 82
6.2 Woran lässt sich Kinder- und Familienarmut ablesen? 85
6.3 Welcher Zusammenhang besteht zwischen Familienwanderung und Kinderarmut? 88
6.4 Welche Muster sind typisch für innerstädtische Segregation? 90

7 Einfluss regionaler Bildungschancen auf die Bevölkerungsentwicklung 94

7.1 Welche regionalen Unterschiede in den Bildungserfolgen sind auf der Ebene der Bundesländer zu verzeichnen? 95
7.2 Werden Bildungschancen durch die Bevölkerungsentwicklung auf der Gemeindeebene beeinflusst? 100
7.3 In welchem Maße beeinflusst die soziale Lage die Bildungsintegration auf Gemeindeebene? 102

8 Zusammenfassung und Fazit 106

Anhang 116
Aggregatdaten des Wegweisers Kommune: Vorteile und Grenzen der Datenbasis 116

Glossar 118
Literatur 124
Abstract 132

Vorwort

Der demographische und familiale Wandel hat die kommunale Entwicklung der letzten Jahrzehnte nachhaltig beeinflusst. Und er wird in Zukunft aufgrund des zunehmenden Drucks auf die soziale und technische Infrastruktur weiter an Einfluss gewinnen. Die Veränderungen der Bevölkerungs-, Familien- und Altersstrukturen sind bereits heute in vielen Kommunen sichtbar – wenn auch regional sehr unterschiedlich. Familien erfüllen wichtige Funktionen in einem Gemeinwesen. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten, hat an Bedeutung gewonnen und die kommunale Familienpolitik stark aufgewertet. Damit ist sie für viele Städte und Regionen ein wichtiges strategisches Handlungsfeld der kommunalen Entwicklung geworden.

Die gesamtgesellschaftlichen empirischen Belege einer alternden, schrumpfenden und zunehmend internationalen Bevölkerung sind eindeutig. Wir sehen es bei der Zuwanderung nach Deutschland: Der Wanderungssaldo lag 2013 bei knapp 430.000 Menschen. Und Demographieforscher gehen inzwischen davon aus, dass jedes zweite Neugeborene 100 Jahre alt wird. Dies gilt sowohl in größeren Städten als auch in kleineren, ländlichen Gemeinden. Allerdings sind regional durchaus unterschiedliche Prozessverläufe und Pfadabhängigkeiten erkennbar. So gibt es beispielsweise in Brandenburg Städte, die von der Sogwirkung Berlins profitieren, wie Teltow mit einem Bevölkerungszuwachs von 26,6 Prozent. Und andere, wie Fehrbellin in der Nachbarschaft, werden 11,8 Prozent der Einwohner bis 2030 verlieren. Viele Kommunen haben sich daher zum Ziel gesetzt, die Lebensqualität für ihre »neuen« und »alteingesessenen« Familien vor Ort zu verbessern. Doch welche Einflussgrößen können sie tatsächlich beeinflussen? Geht es wirklich um immer mehr Neubaugebiete oder Kitaplätze? Wie können und müssen kommunalpolitische Entscheidungsträger und Akteure überhaupt reagieren?

In den Diskussionen zum Umgang mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung fehlte lange eine vergleichende und hinreichend regionalisierte, bundesweite Datenbasis. Wer empirisch basierte Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze geben möchte, braucht Fakten. Mit dem »Wegweiser Kommune« der Bertelsmann Stiftung liegt für Deutschland eine umfassende Datenbasis für mehrere Lebensbereiche vor. Sie ermöglicht Analysen für Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner und zeigt Entwicklungen im Zeitvergleich.

Die nun vorliegende Studie basiert auf den sozioökonomischen und demographischen Daten im Wegweiser Kommune. In ihr werden regionalisiert gezielt Wirkungszusammenhänge zu grundlegenden soziodemographischen Entwicklungen und ihren Einflussgrößen vor Ort zusammengetragen. Dabei werden aktuelle gesellschafts- und familienpolitisch – auch widersprüchlich – diskutierte Thesen aufgegriffen und auf ihren empirischen Gehalt hin geprüft.

Die Bertelsmann Stiftung möchte mit diesem Zusammenhangswissen kommunale Entscheidungsträger und Akteure unterstützen, die Wirkungszusammenhänge des sozialen, familialen und demographischen Wandels differenziert in den Blick zu nehmen. Damit entsteht die Grundlage für potenziell veränderte Planungsprozesse. Diese können bei Bedarf in ein konkretes Handeln für die Familien vor Ort übersetzt werden.

Dr. Brigitte Mohn
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Dr. Kirsten Witte
Programmleiterin »LebensWerte Kommune«
der Bertelsmann Stiftung

1 Kommunen gestalten den demographischen Wandel

So lautet der Titel unseres Projektes und ist Name und Programm zugleich. Wir verfolgen in diesem Projekt dreierlei: Mithilfe von Daten wollen wir Transparenz über kommunale Entwicklungen herstellen, mit Analysen und Empfehlungen unterstützen wir kommunale Akteure bei ihren Planungsprozessen und mit Praxisbeispielen möchten wir Impulse setzen für die Umsetzung, das konkrete Tun.

Im Mittelpunkt der Projektaktivitäten steht dabei das Informationsportal www.wegweiser-kommune.de mit seinen Angeboten für alle Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern in Deutschland. Neben kommunenscharfen demographischen Prognosen bis zum Jahr 2030 können hier auch eine Vielzahl sozioökonomischer Indikatoren in Zeitreihen von 2006 bis aktuell 2013 abgerufen werden. Ergänzt werden die Daten durch verschiedene thematische Angebote, beispielsweise durch Studien zu den Handlungsfeldern demographischer Wandel, Bildung, Finanzen, Integration oder soziale Lage.

Die Herausforderungen, die wir im Projekt adressieren, sind bekannt: eine zunehmend alternde Gesellschaft, ausgeprägte Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen hinweg sowie wachsende und schrumpfende Regionen in direkter Nachbarschaft. Der daraus resultierende Handlungsdruck in den Kommunen ist bereits heute hoch und steigt zunehmend. Die dafür maßgeblichen demographischen Entwicklungen sind komplex und ermöglichen keine einfachen Antworten. Umso mehr sind kommunale Planer[1] gefordert, auch für diese komplexen Herausforderungen lokale Lösungen zu entwickeln und dazu demographische und gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und wenn möglich auch zu antizipieren. Unsere Erfahrungen zeigen, wie wichtig eine sorgfältige Analyse ist: Gerade wenn es um schwierige Diskussionen oder unpopuläre Entscheidungen geht, weil sich beispielsweise infolge des demographischen Drucks kommunale Dienstleistungen verändern (müssen), werden die notwendigen Debatten versachlicht durch konkrete Daten zu Entwicklungen in Vergangenheit und Zukunft.

In der öffentlichen Diskussion darüber, wie sich der demographische Wandel auf die Gemeindeentwicklung auswirkt, was er konkret für die Lebensqualität der Familien und Haushalte bedeutet, reicht die Spannweite von Bagatellisierung bis Dramatisierung. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch regelmäßig die gleichen: Wie lassen sich wesentliche Trends der demographischen Entwicklung und ihre Folgen gestalten? Welche Einflussgrößen sind dazu genauer in den Blick zu nehmen? Übergeordnetes Ziel aller Bestrebungen ist es, die Lebensqualität der Menschen auf hohem Niveau zu halten und – wenn möglich – sogar weiterzuentwickeln. Ob dazu beispielsweise subventionierte Neubaugebiete oder mehr Kitaplätze einen Beitrag leisten können, wird regelmäßig intensiv diskutiert.

1 Diese Publikation verwendet vorwiegend die männliche Sprachform. Bei allen männlichen Funktionsbezeichnungen sind stets auch Frauen gemeint.

So gibt es viele gute kommunale Beispiele – unmittelbar übertragen lassen sie sich in andere Gemeinden nicht ohne Weiteres. Vielmehr beinhalten sie gute Ideen und müssen von anderen Kommunen auf Passgenauigkeit überprüft und dann individuell angepasst und konkretisiert werden. Denn die Ausgangsbedingungen sind so verschieden wie die Strategien, die lokal zu entwickeln sind. Eine genaue Analyse und entsprechendes Hintergrundwissen sind daher unabdingbar für eine solide und zukunftsweisende Planung.

Mit der vorliegenden Studie möchten wir die Planungen in den Städten und Gemeinden im Kontext demographischer Fragestellungen und vor dem Hintergrund der kurz dargestellten Herausforderungen unterstützen. Zentraler Ausgangspunkt der Analyse ist dabei, wie sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Kommunen entwickelt, ob die Kommune eher schrumpfen oder wachsen wird. Im Fokus steht hierbei sogenanntes Zusammenhangswissen zu möglichen Kausalitäten, aber vor allem auch zu »demographischen Mythen«. Uns hat beispielsweise interessiert, welche Faktoren ausschlaggebend oder trendsetzend sind für die demographisch so bedeutsamen Wanderungsbewegungen oder die Geburtenentwicklung in den einzelnen Gemeinden oder Regionen. Oder welche Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerungsentwicklung und beispielsweise der Arbeitsmarktentwicklung bestehen.

Wie sich gezeigt hat, lassen sich Einflussgrößen nicht immer leicht bestimmen. Denn Analysen mit aggregierten Regionaldaten beinhalten auch methodische Grenzen in Bezug auf die Ableitung von Kausalitäten zwischen räumlichen Kontextbedingungen und Wirkungen auf der Gemeindeebene. Ergänzend zur beschreibenden Datenanalyse auf Aggregatebene wurden daher weitere Studien zum demographischen und familialen Wandel einbezogen, die unsere verschiedenen Fragestellungen mit empirischen Ergebnissen auf der Individualebene unterfüttern. Wir möchten so das Verständnis für Zusammenhänge voranbringen, um zu beobachtende Unterschiede in den demographischen Entwicklungen auf Gemeindeebene und mögliche Entwicklungsverläufe noch genauer reflektieren und analysieren zu können. Auch wenn die dabei mögliche Betrachtungsweise eine retrospektive ist: Dieses Zusammenhangswissen sollte die Basis sein für kommunalpolitische Entscheidungen und zukunftsorientierte Planungen.

Carsten Große Starmann
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung

Petra Klug
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung

2 Demographische Entwicklungen als Herausforderung für die kommunale Ebene

Zu Beginn werden wir die wesentlichen allgemeinen Entwicklungstrends des demographischen Wandels in Deutschland insgesamt aufgreifen, die dazu geführt haben, dass wir heute in Deutschland von einem aktuell nicht umkehrbaren strukturell bedingten Schrumpfungsprozess sprechen (Kapitel 2.2). Das Ziel der vorliegenden Studie, Wissen mit Aggregatdaten zu analysieren und darzustellen, erfordert im Vorfeld zudem einige methodische Anmerkungen zum Mehrwert und zu den Grenzen des Arbeitens mit aggregiertem Datenmaterial, um überzogenen Verallgemeinerungen vorzubeugen (Kapitel 2.1).

In Kapitel 2.3 werden dann etwas systematischer die prinzipiellen Einflussgrößen des demographischen Wandels auf der kommunalen Ebene und Unterschiede zu gesamtdeutschen Entwicklungstrends aufgegriffen, um die Analyseergebnisse der folgenden Kapitel besser einordnen zu können. Um dynamische Aspekte der kurzfristigen Entwicklungen zu berücksichtigen, werden an geeigneter Stelle Analysen im Zeitvergleich der Jahre 2006 und 2010 herangezogen.

2.1 Zu welchem Erkenntnisgewinn führen Analysen mit aggregierten Regionaldaten?

Die angestrebten Analyseziele erfordern eine breite regionalisierte Datenbasis auf der Gemeindeebene mit vergleichbaren Daten über unterschiedliche Lebensbereiche und Zeitspannen hinweg. Eine solche Datengrundlage hat in Deutschland lange gefehlt. Die empirischen Untersuchungen zum Zusammenhang von regionalen Kontexten und demographischen Entwicklungen, aber auch die Betrachtung spezifisch regionaler Konsequenzen der demographischen und familialen Wandelungsprozesse sowie ihrer räumlichen Unterschiede für die Lebensqualität der Bevölkerung blieben oft punktuell und auf begrenzte Untersuchungsgebiete beschränkt. Zudem lässt sich eine Dominanz von Untersuchungen in Großstädten bzw. von Großstädten und deren Umland erkennen.

Rückschlüsse für Zusammenhänge und Einflussfaktoren

Mit dem Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung steht heute eine Datenbasis[2] zur Verfügung, die auch bundesweite Analysen und Auswertungen auf der Gemeindeebene ermöglicht.

2 Die nachfolgend analysierten Daten des Wegweisers wurden an den Gebietsstand 30.9.2011 angepasst, d. h. alle Gebietsreformen deutschlandweit bis zum 30.9.2011 werden berücksichtigt.

Dennoch hat auch diese Datenbasis ihre Grenzen: Die folgenden Analysen werden auf Basis hoch aggregierter kommunaler Daten (Aggregatdaten der Makroebene »Städte und Gemeinden« sowie »Landkreise und kreisfreie Städte«) durchgeführt und nicht auf Grundlage bzw. unter Einbezug spezifischer Informationen über Einzelpersonen bzw. Familien oder Haushalte (Individualdaten).[3] Bei der Interpretation der Ergebnisse müssen daher die Grenzen der Datenbasis im Blick bleiben. Wir bedienen uns hier der ökologischen Inferenz (siehe »Methodischer Hinweis«), indem wir versuchen, mit gruppierten Daten der Städte und Gemeinden (z. B. Fertilitätsindizes der Gemeinden, Wanderungssalden auf Gemeindeebene, Kinderbetreuungsquoten der Gemeinden) Rückschlüsse auf Zusammenhänge des individuellen Verhaltens (z. B. Geburten je Frau, Umzüge) und dessen räumliche Konsequenzen (z. B. Schrumpfung/Wachstum der Gemeinde, Überalterung der Gemeinde) zu ziehen. Streng methodisch lassen sich mit einem solchen Vorgehen aber keine direkten Rückschlüsse für Zusammenhänge bzw. Einflussfaktoren zwischen räumlichen Kontextbedingungen (bspw. höhere Kinderbetreuungsquoten in der Gemeinde) und Wirkungen auf der Gemeindeebene (bspw. mehr Geburten in der Gemeinde) ableiten. Denn man weiß bspw. auf Basis dieser Daten nicht wirklich, ob sich Frauen tatsächlich deshalb für ein Kind entschieden haben, weil die Chance auf einen Betreuungsplatz in der Gemeinde besser war. Zudem ist es auch möglich, dass die Eltern der »zusätzlich« geborenen Kinder gar keine Kitaplätze nachfragen. Diese Rückschlüsse ziehen wir vielmehr, weil andere Studien hierzu bereits Forschungsergebnisse über die positiven Effekte des Betreuungsangebots auf die Fertilität vorgelegt haben (vgl. Hank et al. 2004).

3 Nähere Informationen zum Wegweiser Kommune und zu den Vorteilen und Grenzen des Blicks auf den demographischen Wandel mit Aggregatdaten finden sich im Anhang unter dem Stichwort »Aggregatdaten des Wegweisers Kommune«.

Methodischer Hinweis: **Ökologische Inferenz** bedeutet, dass mit gruppierten Daten auf einer höheren Abstraktionsebene (Städte und Gemeinden) Rückschlüsse auf Zusammenhänge des individuellen Verhaltens (hier Familien und Haushalte) und dessen Konsequenzen auf der höheren Abstraktionsebene gezogen werden. Bei diesem Vorgehen besteht die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses (vgl. Robinson 1950; Kaufmann et al. 1984; Esser 1988; Gschwend 2006).

Das Hauptproblem besteht darin, dass nachweisbare Beziehungen und Zusammenhänge zwischen Indikatoren auf der Aggregatebene (Gemeindeebene) zwar ähnliche bzw. gleiche Zusammenhänge auf der Individualebene widerspiegeln können, aber nicht notwendigerweise müssen. Durch die Abstraktion können sowohl auf der Individualebene vorhandene Zusammenhänge verschwinden als auch nur zufällig vorhandene Beziehungen scheinbar signifikant als Zusammenhänge erscheinen.

Ein Beispiel für einen ökologischen Fehlschluss zitiert Gschwend (2006: 227 f.) aus der Wahlforschung, wonach in vielen Städten auf der Ebene der Wahlbezirke ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ausländeranteil und den Zustimmungsraten für rechtsextreme Parteien statistisch nachzuweisen ist. Die daraus ableitbare Annahme, dass Ausländer anteilig häufiger rechtsextreme Parteien wählen, ist ein klassischer ökologischer Fehlschluss, da Ausländer nicht wahlberechtigt sind.

Beschreibung kommunaler Merkmale und des Individualverhaltens ohne kausale Begründung

Eigentlich können also solche Kausalaussagen auf der Gemeindeebene nicht ohne Rückgriff auf die Individualebene getroffen werden. Es besteht die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses (vgl. Robinson 1950; Kaufmann et al. 1984; Esser 1988; Gschwend 2006). Da es eine umfassend regionalisierte Datenbasis auf der Individualebene mit vergleichbar großem Themenspektrum und ausreichender Analysetiefe auch in absehbarer Zeit deutschlandweit nicht geben wird, stellt der vorliegende Datensatz dennoch ein nicht zu unterschätzendes Analysepotenzial für die interessierenden Fragestellungen dar.
Die vorliegenden Ergebnisse auf Basis der Aggregatdaten beschreiben daher, mit welchen kommunalen Merkmalen z. B. bestimmte Bevölkerungsprozesse einhergehen; sie können diese allerdings nicht kausal begründen oder für den Einzelfall bestätigen. Mit Bezugnahme auf empirische Ergebnisse der Individualebene zu eben diesen Zusammenhängen kann aber mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von einer Wirkung ausgegangen werden. Diese Bezugnahme erfolgt durch Literaturverweise auf andere Untersuchungen und Studien zu den angesprochenen Prozessen des familialen und demographischen Wandels auf der Individualebene.

Unsere Darstellungen beziehen sich zudem auf die kurz- und mittelfristig in Deutschland zu beobachtenden Prozesse des demographischen Wandels und ihre Auswirkungen für die Ausprägung regionaler Unterschiede. Selbstverständlich ist nicht ausgeschlossen, dass sich im Zuge einer Veränderung des individuellen Verhaltens der Bevölkerung und bei veränderten Kontextbedingungen, bspw. einer weiter zunehmenden Zuwanderung aus dem Ausland, diese Prozesse in langfristiger Perspektive wieder anders darstellen, dass z. B. Geburtenraten wieder einen gewichtigeren Effekt für regional unterschiedliche Bevölkerungstrends erlangen. Dies ist aktuell aber noch nicht zu erkennen, auch wenn neuere regionalisierte Bevölkerungsdaten und -prognosen darauf verweisen, dass sich Schrumpfungsprozesse auf Bundesebene offenbar abgeschwächt haben (vgl. aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2030 im Wegweiser Kommune).

- **Bei Analysen auf Basis hoch aggregierter kommunaler Daten sind die Grenzen der Datenbasis zu berücksichtigen: Sie erlauben keine kausalen Rückschlüsse von gruppierten Daten auf Zusammenhänge individuellen Verhaltens (Gefahr ökologischer Fehlschlüsse).**

- **Die auf Basis der Aggregatdaten ermittelten Ergebnisse können bspw. beschreiben, mit welchen kommunalen Merkmalen Bevölkerungsprozesse einhergehen, diese aber nicht kausal begründen.**

- **Zur Beschreibung von Zusammenhängen zwischen der Individual- und Aggregatebene werden Ergebnisse anderer Untersuchungen und Studien herangezogen.**

2.2 Welche Trends weist die Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene auf?

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist kein neues Thema. Sie tangiert viele Bereiche unseres Alltags und anhaltend niedrige Geburtenzahlen sowie schrumpfende Bevölkerungszahlen in deutschen Städten und Gemeinden erhalten weiterhin mediale Aufmerksamkeit. Die Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland berichten jedoch seit einigen Jahren wieder positive Zahlen. Auch für das Jahr 2014 wird laut einer Pressemitteilung vom 21.1.2015 (vgl. Destatis 2015) nach Schätzungen des

Statistischen Bundesamtes von einem weiteren Bevölkerungsanstieg in Deutschland ausgegangen, sodass zum Jahresende 2014 etwa 81,1 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben werden und damit mehr als noch Anfang 2014: »Zum vierten Mal in Folge dürfte im Jahr 2014 die Bevölkerung Deutschlands zugenommen haben« (ebd.).

Diese Meldung könnte als grundsätzliche Entwarnung hinsichtlich der demographischen Entwicklungsprozesse gedeutet werden und es stellt sich die Frage, ob kommunale Akteure sich nun zurücklehnen und warten sollten, bis der erneute Bevölkerungsanstieg auch bei ihnen ankommt. Aber bereits ein zweiter Blick auf die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre fast ausschließlich auf hohe Wanderungsgewinne aus dem Ausland zurückzuführen ist: »Der Saldo aus Zuzügen aus dem Ausland und Fortzügen ins Ausland hatte schon 2013 mit 429.000 so hoch wie seit 1993 nicht mehr gelegen. Für 2014 wird eine erneute Steigerung auf mindestens 470.000 Personen erwartet« (ebd.).

Das erhebliche Geburtendefizit hingegen, d. h. die Tatsache, dass in Deutschland seit 1972 in jedem Jahr deutlich weniger Kinder geboren werden, als Personen sterben, blieb unverändert erhalten. Damit bleiben auch die Komponenten erhalten, die den demographischen Wandel in Deutschland als »strukturell vorgegebenen Bevölkerungsrückgang« kennzeichnen (vgl. Herfert und Osterhage 2012: 89). Wanderungsgewinne aus dem Ausland können demnach zwar den gesamtdeutschen Bevölkerungsrückgang (noch bzw. wieder) ausgleichen, aufgrund der strukturell vorhersagbaren Bevölkerungsschrumpfung in den nächsten Jahrzehnten ist dies auf lange Sicht aber nur durch eine weiterhin anhaltend hohe Zuwanderung zu gewährleisten. Die Zuwanderungsgewinne für Deutschland insgesamt verteilen sich zudem regional recht ungleich, d. h. nur bestimmte Städte und Gemeinden profitieren von diesen Zuwanderungen.

Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland

Auch zwischen 1990 und 2000 konnte in Deutschland insgesamt ein Bevölkerungswachstum von 3,1 Prozent verzeichnet werden. Dieser Trend hatte sich in den 2000er-Jahren aber ins Negative gekehrt und die Bevölkerungsentwicklung betrug zwischen 2000 und 2009 minus 0,6 Prozent. Dies ließ sich nicht nur aus einer geringeren Zuwanderung aus dem Ausland, sondern insbesondere auf eine zunehmende Schrumpfung der Population in den Regionen Deutschlands zurückführen. Der negative Wert in dieser Zeitspanne resultierte nach vorliegenden Studien zum einen aus der negativen Bevölkerungsentwicklung in den östlichen Bundesländern, aber auch aus sinkenden Bevölkerungsgewinnen in den westdeutschen Ländern. So waren die ostdeutschen Länder bereits seit den 1990er-Jahren durch anhaltend negative Bevölkerungsraten geprägt, die sich im Mittel der beiden zurückliegenden Jahrzehnte nur wenig (von −5,2 % auf −4,9 %) erholten und weiterhin negativ blieben. Zugleich war in den westdeutschen Bundesländern das Bevölkerungswachstum aber von 5,6 Prozent (1990–2000) auf 0,6 Prozent (2000–2009) zurückgegangen (vgl. Maretzke 2012: 4). Schon vor diesem Hintergrund kann man für Gesamtdeutschland relativ unabhängig von der Gesamtbilanz von einer Änderung und besonders einer Diversifikation des demographischen Trends spätestens zu Beginn des 21. Jahrhunderts sprechen.

Unterschiedliche demographische Trends zeigen sich aber nicht nur in regionalen Unterschieden zwischen Ost- bzw. Westdeutschland, sondern besonders auf der Ebene der Kommunen. Daher soll eingangs ein Blick auf die Unterschiedlichkeit der kommunalen Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf erfolgen. Es werden zwei Siebenjahresperioden bis 2006 und bis 2010 betrachtet, die sich zwar zum Teil überschneiden, aber dennoch die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen verdeutlichen.[4]

4 Der Wegweiser Kommune ermöglicht die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung für die Zeiträume 1999 bis 2006 und 2003 bis 2010. Es werden die prozentualen Veränderungen der Bevölkerung auf der Gemeindeebene in den jeweils vergangenen sieben Jahren analysiert.